

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Heike Hänsel,  
Dr. Norman Paech, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/4410 –**

### **Für eine Afrikapolitik im Interesse der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit**

#### **A. Problem**

Bereits mehrfach haben sich die großen Wirtschaftsmächte in den letzten Jahren mit Afrika beschäftigt, und auch beim bevorstehenden G8-Gipfel in Heiligendamm wird sich Afrika auf der Tagesordnung finden. Der reale Effekt der bisherigen Initiativen zur Armutsbekämpfung blieb allerdings hinter dem Symbolgehalt der Ankündigungen zurück. Deutlich mehr Bewegung ist demgegenüber im Bereich des Handels mit Bodenschätzen zu beobachten. Nicht nur das verstärkte Engagement Chinas verdeutlicht, dass sich hier ein Wettlauf um Einfluss in den rohstoffreichen afrikanischen Staaten entwickelt hat.

Angesichts der nach wie vor bedenklichen sozialen und ökonomischen Lage in Afrika verabschiedete die Europäische Kommission im Dezember 2005 den EU-Strategieplan für Afrika. Ein wesentliches Element ist die Förderung europäischer Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent. Im Rahmen der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) soll Afrika für Waren aus der EU weiter geöffnet werden. Nach Ansicht der Antragsteller ist dies der falsche Weg. Vielmehr sei eine weitere Verheerung der heimischen Branchen zu befürchten. Notwendig sei ein staatlicher Schutz gegen die übermächtige Konkurrenz multinationaler Konzerne. Weiterhin sei die Frage der Sicherung von Beschäftigung ein wesentlicher, bislang zu wenig beachteter Aspekt bei der Armutsbekämpfung.

Zutiefst inhuman sei die Reduzierung der deutschen und europäischen Politik auf die polizeiliche Abwehr afrikanischer Flüchtlingsströme. Notwendig sei vielmehr eine effektive Bekämpfung der zu Grunde liegenden sozialen Probleme.

Die Forderung nach „Good Governance“ werde mittlerweile zu überfrachtet und missionarisch gestellt, so dass hier eine Reduzierung auf Kernelemente – insbesondere Korruptionsbekämpfung und Beachtung der Menschenrechte – angezeigt sei. Im Bereich der Konfliktverhinderung komme der Unterstützung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas (APSA) und der darin enthaltenen Einrichtung der afrikanischen Bereitschaftstruppe (ASF) eine zentrale Rolle zu. Eine Verschlechterung der Sicherheitslage resultiere dagegen aus den

systematischen und interessengeleiteten Interventionen der großen Industriestaaten in Afrika.

Angesichts dieser Sachlage sollte die Bundesregierung im Rahmen des G8-Vorsitzes und der EU-Ratspräsidentschaft eine kritische Evaluierung der bisherigen Afrika-Prozesse auf Ebene der G8 und der EU vornehmen. Dabei sollte insbesondere auf Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikfeldern und den entwicklungspolitischen Zielen geachtet werden. Ferner ist nach Ansicht der Antragsteller auf eine Unterbrechung der Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen hinzuwirken. Im Rahmen der Welthandelsorganisation sollte sich die EU dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelung zur Fortführung der Lomé-Präferenzen um mindestens drei Jahre verlängert wird und dass künftig nicht reziproke Abkommen möglich werden. Auch ist ein neues Verhandlungsmandat der EU-Kommission zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen anzustreben, das den Entwicklungsbelangen der AKP-Staaten gerecht wird und die Asymmetrie zwischen den Verhandlungspartnern berücksichtigt. Erforderlich erscheinen weiterhin ein umfassender und realer Abbau der afrikanischen Schulden sowie eine Neuorientierung bei der Mittelvergabe.

Nach Ansicht der Antragsteller ist darüber hinaus auf eine Abschaffung der europäischen Grenzagentur FRONTEX sowie eine deutliche Erleichterung legaler Einwanderungsmöglichkeiten von Afrika nach Europa zu drängen. Der Ratifizierungsprozess hinsichtlich der von der IAO verabschiedeten Konventionen zum Beschäftigungsschutz sollte beschleunigt werden.

Erforderlich erscheint eine im Dialog mit der Afrikanischen Union entwickelte EU-Afrika-Strategie mit einem Schwerpunkt im Bereich Konfliktprävention. Hinzuwirken ist ferner auf eine effektive Beschränkung des internationalen Waffenhandels, auf eine gerechtere Verteilung der Agrarflächen, auf eine verstärkte Bekämpfung der Wüstenbildung sowie auf eine Initiative für einen Afrikanischen Zivilen Friedensdienst.

Gegenüber der Errichtung einer Militärkommandozentrale der USA für Afrika und deren vorübergehender Ansiedlung in Stuttgart sollte nach Ansicht der Antragsteller eine ablehnende Haltung zum Ausdruck gebracht werden. In der EU und in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika sollte die Nutzung regenerativer Energien einen Schwerpunkt bilden.

## **B. Lösung**

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Keine

## **D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/4410 abzulehnen.

Berlin, den 25. April 2007

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Anke Eymer (Lübeck)**  
Berichterstatlerin

**Brunhilde Irber**  
Berichterstatlerin

**Marina Schuster**  
Berichterstatlerin

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatler

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatlerin

## Bericht der Abgeordneten Anke Eymer (Lübeck), Brunhilde Irber, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4410** in seiner 83. Sitzung am 2. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 24. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/SU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 25. April 2007

**Anke Eymer (Lübeck)**  
Berichterstatlerin

**Brunhilde Irber**  
Berichterstatlerin

**Marina Schuster**  
Berichterstatlerin

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatler

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatlerin